

Kleinheit ist keine Sonderlast

Ländliche Gemeinden blitzen mit ihrer Kritik am individuellen Sonderlastenausgleich beim Kanton ab

Die Direktion des Innern und der Justiz verfolgt im innerkantonalen Finanzausgleich eine strikte Linie. Die ersten Rekursentscheide lassen nicht alle Gemeinden auf sich sitzen.

STEFAN HOTZ

Im Hintergrund muht gemütlich eine Kuh, Hans Hauser am Handy aber ist ungehalten. Vor einigen Jahren habe das Budget von Hütten noch über 9 Millionen Franken betragen, jetzt stehe eine 7 vorne dran. «Da weiss ich wirklich nicht, wie ich noch eine halbe Kiste herauspressen soll», sagt der Landwirt, der seit sechs Jahren Finanzvorstand der Gemeinde im Bezirk Horgen ist.

Grund für seinen Ärger ist der individuelle Sonderlastenausgleich (Isola), den Gemeinden im Rahmen des neuen Finanzausgleichs erstmals für 2016 geltend machen konnten. Hütten beantragte 1,1 Millionen Franken, vor gut einem Jahr folgte «der Hammer», wie Hauser sagt. Das kantonale Gemeindeamt lehnte das Gesuch vollumfänglich ab. Hütten erging es wie Fischenthal und Ossingen, sechs weitere Gemeinden erhielten einen Teilbetrag zugesprochen.

Gemeinde Hütten ohne Erfolg

Die Stimmung hat sich nicht aufgehellt. Hütten focht den Bescheid bei der Direktion der Justiz und des Innern an und erhielt vor zwei Wochen die Verfügung. Die Gemeinde scheiterte mit dem Rekurs auf der ganzen Linie. Die 30-seitige Begründung zeigt, dass der Kanton das Gesetz strikt anwendet und nicht bereit ist, ein Auge zuzudrücken.

Die Direktion stützt das Berechnungsmodell des Gemeindeamtes. Dieses ermittelt nicht nur die Sonderlasten einer Gemeinde, sondern auch ihre anrechenbaren Nettoaufwendungen pro Kopf. Was von letzteren mit dem Ausgleichssteuerfuss (2016 waren das 129 Prozent) nicht finanziert werden kann, ergibt den sogenannten Überhang. Sonderlasten werden höchstens bis zu diesem Wert ausgeglichen. Akzeptiert der Kanton die Höhe der Nettoausgaben nicht, sinkt also auch der Isola.

So verhindert der Kanton, dass er wie früher von Gemeinden, die den Höchststeuerfuss verlangen, alle weiteren Mehrausgaben tragen muss. Das würde dem Ziel eines wirtschaftlichen Finanzausgleichs, der falsche Anreize vermeidet, widersprechen, schreibt die Direktion. Sie anerkennt für Isola nur Ausgaben, die notwendig und nicht beeinflussbar sind. Das Gemeindeamt listete in seiner ersten Verfügung vor einem Jahr 13 Bereiche auf, vom Sport über sozialen Wohnungsbau bis zur Fernwärme, die es nicht zum Grundbedarf zählt, sondern freiwillige Ausgaben sind, die nicht zu Isola berechtigen.



Hütten oberhalb des Zürichsees: Die Fusion mit Wädenswil auf Anfang 2018 ist auf gutem Weg.

CHRISTOPH FLUCKSTUR / NZZ

Das Argument, die Gemeindeautonomie werde beschnitten, wird zurückgewiesen, und auf seine Kleinheit kann sich Hütten mit 900 Einwohnern ebenso wenig berufen. Zu den zumutbaren Sparmassnahmen zähle auch der Zusammenschluss mit anderen Gemeinden, zitierte das Gemeindeamt das Finanzausgleichsgesetz. Der eingebaute Mechanismus, um Fusionen zu fördern, soll auch wirken. Die Direktion ergänzte dazu, strukturelle Probleme einer Gemeinde wie ihre Grösse dürften durch Isola nicht zementiert werden.

Der umstrittenste Punkt ist die Ressourcenausstattung. Eine entsprechende Rangliste legte das Gemeindeamt 2015 seinem Entscheid bei. Darin sind neben der bereinigten Steuerkraft die drei bestehenden Instrumente (demografischer, geografisch-topografischer und Zentrumslastenausgleich) sowie die Grund-

stückgewinnsteuer aufgeführt. Das zusammen deckt ausser Gebühren und Mieteinnahmen einen grossen Teil aller Einnahmen, die eine Kommune pro Einwohner zur Verfügung hat. Auffällig ist, dass drei Gemeinden, die 2016 Isola wollten, nämlich Fischenthal, Rifferswil und Hütten, hier auf den ersten 20 Plätzen liegen, also vergleichsweise sehr gut mit Mitteln ausgestattet sind.

Erstaunlich ist, dass die Ressourcen-grenze nicht von der Verwaltung, sondern vom extra für Isola eingesetzten Fachbeirat vorgeschlagen wurde. Ihm gehören unter einem unabhängigen Vorsitzenden je zwei Vertreter des Kantons und der Gemeinden an. Im Gremium wurde gar vermutet, Hütten sei eine Gemeinde, die möglichst hohe Sonderlasten ausweisen möchte, um ihr Leistungsangebot ausweiten zu können. Das Instrument führte in ihrem Fall

dazu, dass der Überhang neben weiteren Korrekturen um 623 000 Franken reduziert wurde und unter Null fiel, womit Isola entfiel. Die Gemeinde Hütten will die Verfügung vor dem Verwaltungsgericht anfechten. Ihr Hauptargument lautet, für den Ressourcenvergleich fehle eine Rechtsgrundlage.

Gerichtliche Klärung wichtig

Das räumt der Kanton auch ein. Die Direktion der Justiz und des Innern verweist jedoch auf den Grundsatz der Gleichbehandlung. Da für Gemeinden, die in den Finanzausgleich einzahlen, besondere Lasten irrelevant seien, müsse umgekehrt für die Gewährung von Isola die Ressourcenausstattung mitberücksichtigt werden. Ohne diesen Vergleich wäre es sogar möglich, dass von zwei Gemeinden mit gleich hohen Ressourcen die eine abschöpfungspflichtig ist, während die andere vom Isola profitiert.

Hütten erhielt auch für 2017 bereits einen abschlägigen Isola-Bescheid, will dieses Verfahren aber sistieren, bis zum Vorjahr ein Urteil gefällt ist. Finanzvorstand Hans Hauser sagt, störend sei auch die lange Verfahrensdauer. Hütten hat in Gegensatz zu anderen Gemeinden insofern eine Perspektive, als seine Fusion mit Wädenswil auf Anfang 2018 auf gutem Weg ist. Hauser betont denn auch, der Weiterzug und eine gerichtliche Klärung diene nicht nur Hütten, sondern allen Gemeinden, die einmal Isola beantragen.

Sieben Gemeinden wollen 2017 Isola

sho. · Neben Hütten haben auch Rifferswil und Hofstetten eine Verfügung zu ihrem Isola-Gesuch für 2016 erhalten, die sie anfechten wollen. Hirzel wartet noch auf den Bescheid. Den fünften Rekurs reichte 2015 Dietikon ein. Als Stadt mit hohen Sozialkosten ist ihr Fall etwas anders gelagert. Der Stadtrat informiert vorerst jedoch nicht über den Ausgang des Verfahrens. Laut Auskunft des Gemeindeamtes haben 7 Gemein-

den für 2017 ein Gesuch um Isola eingereicht, 2 weniger als vor einem Jahr. Neu ist dafür ein Steuerfuss von 130 Prozent Voraussetzung. Neben Hütten, Rifferswil und Hirzel sind es wiederum Waltalingen und Bachs, neu sind Maschwanden und Wildberg dazugekommen. Dietikon und Hofstetten haben verzichtet, ebenso Fischenthal und Ossingen, die beide ihren Steuerfuss wieder unter 129 Prozent senken wollen.

WALD UND GARTEN

Ein Killerpilz

Die Baumplage Hallimasch

Andreas Honegger · Pilze sind eine Köstlichkeit, und ich habe einen Freund, der sich jährlich im Frühjahr eine Portion Morcheln unter dem grossen Baum in seinem Garten holen kann, immer beneidet. Bei uns wachsen Champignons, aber leider Karbolchampignons, die schön aussehen, aber nach imprägnierten Eisenbahnschwellen riechen.

Vor einigen Jahren ist dann eine nahezu hundertjährige Thuja still vor sich hin gestorben. Wir haben den Wurzelstock mit Erde überhäuft und neu bepflanzt. Aber ein Jahr später sprossen da Hunderte von Pilzen: Hallimasch. Blanchiert sind sie essbar, aber wir haben es gar nicht versucht. Zwei Jahre später hat es die benachbarte Leyland-Zypresse erwischt. Auch sie starb leise vor sich hin, aber nicht ganz. Die obersten sechs Meter mussten wir wegschneiden, unten grünt es nach wie vor. Aber in diesem Herbst hat sich am Stamm erneut der Hallimasch gezeigt. Und an anderem Ort im Garten starb eine Kletterhortensie, deren Laub tot an der Hauswand hing, eine grosse alte Stechpalme bot dasselbe Schauspiel. Unten sprossen immer die hübschen Pilzkolonien. Zum Trost kann man in der Fachliteratur überall lesen, der Pilz befalle in erster Linie schwache Bäume. Und zudem wurde es wirklich etwas heller im Garten. Die Empfehlung, das ganze Erdreich, in dem sich die Wurzeln der befallenen Bäume ausbreiten, abzutragen und zu ersetzen, konnten wir nicht befolgen, denn damit hätte mehr oder weniger der ganze Garten verladen werden müssen.

Andersseits aber dürfen wir uns nun rühmen, dass in unserem kleinen, auf botanische Raritäten spezialisierten Garten das grösste Lebewesen der Welt wächst. Denn das ist weder ein Mammutbaum noch ein Blauwal, sondern ein Hallimasch: Das grösste Exemplar erstreckt sich im US-Staat Oregon über neun Quadratkilometer. Man schätzt sein Alter auf 2400 Jahre und das Gewicht seines Myzels auf 600 Tonnen.



Hallimasch-Kulturen.

CORNELIA GANN

Neue Köpfe in der Zürcher SP

Wechsel im Vizepräsidium und im Generalsekretariat

wbt. · Wie im Herbst angekündigt, treten die Vizepräsidentin der kantonalen SP, Rebekka Wyler, und die Generalsekretärin der städtischen und der kantonalen Partei, Regula Götsch, auf Ende Jahr aus den Leitungsgremien zurück. Wyler ist in den Kanton Uri gezügelt und wird dort ab Anfang 2017 als Gemeinderätin in Erstfeld politisch aktiv bleiben. Götsch steht vor einer beruflichen Neuorientierung. Seit Donnerstagabend ist die Nachfolgeregelung bekannt. Zum Vizepräsidenten hat die Delegiertenversammlung den Winterthurer Kantonsrat Andreas Daurü gewählt. Das Präsidium besteht damit wieder aus zwei Männern – dem Präsidenten Daniel Frei und Daurü – und einer Frau: Im Frühling hatte Andrea Arzina den zurücktretenden Vizepräsidenten Moritz Spillmann ersetzt. An die Stelle von Regula Götsch wird Andrea Sprecher treten, alt Kantonsrätin und alt Co-Präsidentin der Stadtzürcher Partei.

Vom Theaterprojekt bis zur Familienhilfe

Das 21. Zürcher Spendenparlament stellt 67 800 Franken für gute Zwecke bereit

lhg. · Eine Mischung aus Witz und Ernsthaftigkeit begleitete das 21. Spendenparlament am Donnerstagabend. In ähnlich fröhlicher Atmosphäre wie beim anschliessenden Apéro wurde vorerst drinnen im Ratsaal debattiert. Der Parlamentspräsident, Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist, führte mit Humor durch den Abend, und auch unter den 64 anwesenden Parlamentariern herrschte eine ausgelassene Stimmung. Über elf Projekte hatte das Parlament zu bestimmen, was der Höchstzahl an möglichen Anträgen entspricht.

Der verhältnismässig grosse Andrang machte Mut, sich weiter aktiv zu engagieren, und zeige, «wie nachhaltig ein kleiner Tropfen Wasser auf den heissen Stein sein kann», betont Sigrist.

Stadtrat Raphael Golta hielt zu Beginn der Veranstaltung eine Ansprache und rühmte darin den Verein für sein soziales Engagement im Raum Zürich. Denn das Spenden sei nicht nur Aufgabe des Staates, sondern ebenso privater Institutionen. «Es hat ja eine Tradition, dass in diesem Haus vor Weihnachten über Geld diskutiert wird.» Augenzwinkernd fügte der Leiter des Sozialdepartements an, dass das Spendenparlament jedoch das Glück habe, nicht darüber diskutieren zu müssen, ob das Geld ausbezahlt werde, sondern wofür. Mit ernster Miene debattierten die Mitglieder kurze Zeit später über Erhöhungen, Kürzungen und gar Streichungen der beantragten Unterstützungsbeiträge. Trotz anfänglich kritischen Fragen zeigten sich

die Mitglieder mehrheitlich wohlgesinnt gegenüber den präsentierten Projekten. Am Ende des Abends wurden 67 800 Franken neun verschiedenen Projekten zugesprochen. Die Vorhaben reichen von einem Theaterprojekt mit handicaperten Komikern über eine Zigeunerkulturwoche bis zur Familienhilfe zur Entlastung der Eltern und Geschwister von hirnvretzten Kindern.

Dem Angebot von Freestylesport für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund begegneten die überwiegend älteren Parlamentsmitglieder zu Beginn mit grosser Skepsis, stimmten schliesslich aber auch diesem Projekt zu. Das Spendenparlament engagierte sich seit 2006 für die Förderung der Integration im Raum Zürich. In den vergan-

genen zehn Jahren hat das Spendenparlament ganze 1 502 430 Franken an 146 verschiedene Projekte verteilt. Dabei zeichnet sich die Institution nicht primär durch die Höhe der Beiträge aus – zweimal jährlich 50 000 bis 100 000 Franken sind im Vergleich zu den in Zürich ausgeschütteten Stiftungsmillionen bescheidene Summen – sondern vielmehr durch ihren Beitrag an den Gemeinnsinn. Der ausbezahlte Geldbetrag setzt sich aus den jährlichen Mitgliederbeiträgen zusammen. Einzelpersonen spenden 500 Franken, juristische Personen 2500 Franken. Stadtrat Golta lobt die Organisation mit den Worten: «Sie haben gewissermassen das Crowdfunding erfunden, bevor es den Begriff überhaupt gegeben hat.»